

Bern, 17. August 2026

Medienkonferenz Travail.Suisse – Greta Gysin, Nationalrätin und Präsidentin transfair
Es gilt das gesprochene Wort.

DAS PERSONAL IM SERVICE PUBLIC BRAUCHT ENDLICH MEHR WERTSCHÄTZUNG

Der Service Public funktioniert nur dank der Menschen, die ihn täglich tragen. Doch genau sie stehen seit Jahren unter wachsendem Druck: Reorganisationen, Sparprogramme und Stellenabbau prägen ihren Arbeitsalltag. Gleichzeitig sinkt ihre Kaufkraft kontinuierlich. Deshalb fordert der Personalverband für 2027 branchenspezifische Lohnerhöhungen von durchschnittlich rund 2 Prozent. Ziel ist es, die Reallöhne zu sichern und die Leistungen der Mitarbeitenden endlich angemessen anzuerkennen.

Der Service Public ist die Grundlage unseres Alltags. Ob in einem abgelegenen Juratal oder mitten in Zürich: Die Menschen in der Schweiz profitieren täglich von einer hochwertigen Grundversorgung. Ohne die Schweizerische Post kämen Briefe und Pakete nicht zuverlässig und überall im Land an. Ohne den öffentlichen Verkehr gäbe es keine flächendeckende Erschliessung mit Zug, Bus und Tram. Ohne eine zuverlässige Telekommunikation wären Notrufnummern im Ernstfall nicht für alle erreichbar. Und ohne die Bundesverwaltung gäbe es keine Grenzkontrollen, keine internationalen Handelsabkommen und keine Umsetzung demokratisch beschlossener Gesetze. Die Mitarbeitenden des Service Public sorgen Tag für Tag dafür, dass unser Land funktioniert. Ihre Arbeit ist unverzichtbar.

Dennoch steht das Personal im Service Public seit Jahren zunehmend unter Druck. Reorganisationen, Stellenabbau und Sparprogramme gehören inzwischen zum Alltag. Trotz dieser Belastung leisten die Mitarbeitenden weiterhin Ausserordentliches. Doch ihre Belastbarkeit hat Grenzen. Es ist an der Zeit, ihre Leistungen endlich angemessen anzuerkennen.

Unsere Forderungen in den transfair-Branchen

Für das Jahr 2027 fordert der Personalverband transfair durchschnittliche Lohnerhöhungen von rund 2 Prozent. Berücksichtigt werden insbesondere die aktuelle und kumulierte Teuerung sowie die steigenden Krankenkassenprämien.

In unseren drei Branchen ICT, Post/Logistik und öffentlicher Verkehr fordern wir deutlich fairere und umfassendere Massnahmen als in der letzten Lohnrunde. Bei **Swisscom** haben 2026 vor allem die Aktionärinnen und Aktionäre profitiert. Die Mitarbeitenden erhielten nur eine geringe Lohnerhöhung. Bei der **Schweizerischen Post** war es ähnlich. Zwar trug der erzielte Kompromiss den Bedürfnissen des Personals am Ende Rechnung und berücksichtigte insbesondere die tiefen Einkommen. Trotzdem profitierte der Bund als Aktionär klar stärker. Dividendenerhöhungen, die die Lohnentwicklung übersteigen: Das darf sich 2027 nicht wiederholen. Die **SBB** gewährte fürs laufende Jahr ausschliesslich individuelle Lohnerhöhungen. Diese von transfair ausgehandelte Lösung brachte insbesondere jüngeren Mitarbeitenden Vorteile. Gleichzeitig gingen Tausende Beschäftigte leer aus und erhielten keinen Ausgleich für die gestiegenen Lebenshaltungskosten. 2027 sollen alle profitieren.

Für das **Bundespersonal** fordert transfair eine Lohnerhöhung von 1,5 Prozent. Letztes Jahr sprach das Parlament so tiefe Lohnmassnahmen, dass das Personal Reallohnverluste hinnehmen musste. Auch in den Vorjahren konnte die Teuerung nicht immer ausgeglichen werden. Trotzdem bleibt transfair mit seinen Forderungen für die Branche moderat und nimmt so Rücksicht auf die politischen Realitäten: In den letzten fünf Jahren hat das Parlament das von transfair und dem Bundesrat ausgehandelte Lohnergebnis drei Mal nach unten korrigiert. Umso mehr halten wir für 2027 an unserer Forderung fest, um mindestens die aktuelle und die aufgelaufene Teuerung auszugleichen. Zudem verlangen wir, dass das Parlament die Verhandlungsergebnisse der Sozialpartner respektiert.

Sparpolitik schnürt dem Service Public die Luft ab

Der Service Public stösst zunehmend an seine Grenzen. Immer mehr Pakete müssen verarbeitet, zusätzliche Kontrollen durchgeführt, neue Dienstleistungen eingeführt und höhere Verkaufsziele erreicht werden. Gleichzeitig stehen immer weniger Ressourcen zur Verfügung. Das wirtschaftliche Umfeld, geprägt von der aktuellen Zollpolitik und den Kriegen in der Ukraine und im Iran, ist schwierig. Die Folgen tragen einmal mehr die Mitarbeitenden. Zwar konnte transfair für sie im laufenden Jahr die Folgen verschiedener Sparmassnahmen abmildern. Dennoch mussten viele Teams schmerzhaft Einschnitte hinnehmen.

Das Ressourcenproblem ist aber auch politisch verursacht – durch regelmässige Angriffe auf den Service Public. Einerseits soll dieser eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Grundversorgung bieten, andererseits werden ihm die notwendigen Mittel entzogen. Dieser Widerspruch führt unweigerlich zu schlechteren Arbeitsbedingungen und langfristig auch zu schlechteren Leistungen für die Bevölkerung. transfair stellt sich dieser Entwicklung entschieden entgegen.

Für weitere Informationen:

Greta Gysin, Nationalrätin und Präsidentin von transfair, 079 409 33 10.

transfair

Der Personalverband transfair ist täglich für über 10 000 Mitglieder und mehr als 250 000 Angestellte im Service Public im Einsatz. Unsere Branchen sind: Post/Logistik, öffentlicher Verkehr, öffentliche Verwaltung und ICT.